

Entschließungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der CDU-Fraktion - Walter Lübcke, Halle, Hanau - Wehrhafte Demokratie in der Pflicht - Drucksache 7/685 (Neudruck) vom 18.02.2020

Der Landtag muss seiner Verantwortung gerecht werden

Der Landtag stellt fest:

Der erschütternde Anschlag in Hanau ist ein weiterer Beleg für eine beängstigende und gefährliche Entwicklung: Hass, Radikalisierung und menschenverachtende Ideologien führen immer häufiger zu brutaler Gewalt und tödlichen Attacken. Gerade in jüngster Vergangenheit ist dabei eine besorgniserregende Linie des Rechtsterrorismus unübersehbar.

Die Bedrohung, die davon ausgeht, trifft nicht nur Hessen, sondern genauso Menschen in Brandenburg. Der Landtag und die Landesregierung stehen in der Verantwortung, alle, die in Brandenburg leben, vor Gefahren für Leib und Leben zu bewahren und dabei insbesondere die Instrumente einer wehrhaften Demokratie und eines starken Rechtsstaates in den Blick zu nehmen. Das setzt voraus, die Situation frei debattieren, die schrecklichen Ereignisse von Hanau und anderswo in aller Deutlichkeit reflektieren und sich zu diesen entscheidenden Fragen klar und unmissverständlich positionieren zu können.

Der Landtag beschließt:

Die freie Debatte im Landtag ist für die parlamentarische Demokratie existenziell. Dies zu gewährleisten und zu praktizieren, ist Sache des gesamten Landtags, aller Abgeordneten, aller seiner Gremien und Verantwortungsträger. Dass erst das Verfassungsgericht gegenläufige Manöver des Landtagsvizepräsidenten stoppen musste, ist mit dessen Verantwortung vor dem Parlament nicht zu vereinbaren und macht politische Konsequenzen unausweichlich. Vizepräsident Galau hat mit der Blockade dieser Aktuellen Stunde die notwendige parteipolitische Unabhängigkeit und Verantwortung vor dem Parlament vermissen lassen. Sein Rücktritt ist unvermeidlich. Der Landtag muss jederzeit in der Lage sein, die Ursachen von Rechtsterrorismus zu diskutieren und zu beraten, welche politischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Schritte und Entscheidungen notwendig sind.